

Kapitalismus – Faschismus – Antifaschismus

Georg Fülberth

Referat anlässlich des Tages der Opfer des Faschismus beim VVN-BdA Stralsund am 12.09.2015

Einleitung: Option – nicht Zwangsläufigkeit

„Kapitalismus führt zum Faschismus – Kapitalismus muss weg!“ So lautete ein Slogan der 1968er-Bewegung in der Bundesrepublik. Er benennt eine Möglichkeit: Kapitalismus kann zum Faschismus führen, ist aber keine Zwangsläufigkeit. Es gibt auch nichtfaschistischen Kapitalismus: Denken wir an die skandinavischen Staaten, Großbritannien und die USA, die niemals faschistisch waren. Wer meint, gegen Faschismus könne nur gekämpft werden, wenn zugleich DER Kapitalismus beseitigt werde, verurteilt sich gegenwärtig, da der Kapitalismus nahezu weltweit gesiegt hat, zum Nichtstun. Dann wäre aktueller Antifaschismus nur eine Sache z. B. von Bürgerlichen und Christen, die das Nötige gegen Faschismus zu tun versuchen, auch wenn dadurch der Kapitalismus nicht verschwindet. Den Antikapitalisten bliebe da ausschließlich Däumchendrehen.

Eine solche Haltung wäre sektiererisch. So verhielt sich leider ab 1929 die KPD, die meinte, es gebe nur noch die Alternative zwischen Faschismus und Sozialismus, und wer in einer solchen Situation an der Verteidigung der bürgerlichen Republik festhalte, wie z. B. die SPD, fördere objektiv den Faschismus, der nur durch die sozialistische Revolution – „Räte-Deutschland“ – zu verhindern sei. Dadurch wurde die Zusammenarbeit mit bürgerlichen und sozialdemokratischen Antifaschistinnen und Antifaschisten unmöglich.

I. Faschismus an der Macht

Diese Position wurde 1935 auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale revidiert. Georgij **Dimitroff** formulierte damals so:

„Der Faschismus an der Macht, [...] ist [...] die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.“

Hier wird die offene Gewaltherrschaft, der Terror, stark betont, ebenso der Nationalismus in seiner schärfsten Form: Chauvinismus, und außenpolitische Aggressivität: Imperialismus.

Faschismus ist also **eine** Form kapitalistischer Herrschaft unter anderen. Daneben gibt es liberalen, konservativen, auch demokratischen Kapitalismus, also Formen bürgerlicher Herrschaft, in denen das Kapital nicht terroristisch, chauvinistisch und außenpolitisch aggressiv herrscht. Das sind dann kleinere Übel.

Dimitroff war der Ansicht, **alle nichtfaschistischen** Kräfte, nicht nur Kommunisten, sondern auch Sozialdemokraten, Christen, Liberale, ja Konservative könnten und müssten ein Bündnis schließen gegen die alleräußerste Rechte, die Faschisten.

Die ökonomische Basis des Faschismus in der Definition der Kommunistischen Internationale von 1935 ist das Finanzkapital. Es ist mehr als nur Bank- und Börsenkapital, nämlich Monopolkapital, das aus der Verschmelzung von hochgradig zentralisiertem Bank- und Industriekapital entsteht. Dies hatten zuerst der Sozialdemokrat Rudolf Hilferding 1910 und 1917 Wladimir I. Lenin festgestellt.

In Deutschland war es im „Reichsverband der Deutschen Industrie“ (RDI), dem Vorläufer des heutigen Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), organisiert. In einer Denkschrift mit dem Titel „Aufstieg oder Niedergang“ hatte dieser 1929 dasselbe gefordert wie 1982 ein Papier des Grafen Lambsdorff:

- Senkung der Lohnnebenkosten und der Steuern,
- Ausschaltung der so genannten Gewerkschaftsmacht,
- Entfernung der SPD aus der Regierung.

Damals wollten die Monopole noch nicht den Faschismus, sondern ein Regime des Zwangssparens durch ein autoritäres, aber eben noch nicht faschistisches Regime. Das versuchten 1930-1932 die der Zentrumsparlei angehörenden Reichskanzler Heinrich Brüning und Franz von Papen. Sie hatten aber keine Massenbasis, konnten die Weltwirtschaftskrise, die 1929 ausgebrochen war und in der kaum noch Profite zu machen waren, nicht überwinden. Deshalb setzte das Monopolkapital schließlich auf Hitler, der ausweislich der Reichstagswahlen ab 1930 über eine Massenbasis verfügte und der eine dynamische außenpolitische Konzeption hatte: Zerschlagung des Systems von Versailles, Expansion, Rüstung.

Woher kam Hitlers Massenbasis? Das Monopolkapital hat sie ihm ursprünglich nicht verschafft. Die Anhänger der NSDAP waren Arbeitslose, deklassierte Intellektuelle, Handwerker ohne Perspektive, verschuldete Bauern, es handelte

sich um eine Bewegung der armen Teufel. Gewiss, es gab schon früh ein paar Fabrikanten, z.B. den Klavierhersteller Bechstein, genauer: seine Frau, die die NSDAP finanzierten. Aber erst nach 1930 kamen Großkapital und Hitler--Bewegung allmählich zusammen, ruckartig dann Anfang 1933.

In Deutschland gab es also tatsächlich eine Kombination aus Massenbewegung und Monopolkapital, oder, wie die politische Theoretikerin Hannah Ahrendt später sagte: aus Mob und Elite. Es gab andere Länder, in denen der Faschismus an die Macht war, in denen das Monopolkapital nicht dieselbe Bedeutung hatte wie in Deutschland. In Spanien bildeten Großgrundbesitz, Bankkapital und Klerus die Elite, das Monopolkapital war randständig. Ähnlich war es in Italien.

In den USA gab es ab 1929 Massenarbeitslosigkeit, aber keine faschistische Massenbewegung und keine Bereitschaft des Monopolkapitals zum Faschismus. Gegen das Großkapital ist der Faschismus nie an die Macht gekommen. Aber nicht überall, wo es Monopolkapital gab, kam der Faschismus an die Macht. Der britische Historiker Eric Hobsbawm schrieb 1994: Das Monopolkapital könne sich mit allen Politikformen arrangieren, auch mit der parlamentarischen Demokratie. Nur in Extremfällen benutzt es den Faschismus an der Macht. Wenn das so ist, sollte die **Dimitroff-Formel modifiziert** werden:

„Faschismus ist terroristische Gewaltherrschaft zwecks Verteidigung und/oder Fortentwicklung der kapitalistischen Produktions- und Verteilungsverhältnisse. Er ist Herrschaft im Interesse des Kapitals, sein Mittel ist der Terror gegen alles, was den Interessen des Kapitals im Weg steht.“

Es gab Faschismus, der von einer Massenbewegung getragen wurde, und es gab Faschismus, der sich nur auf den Staatsapparat stützte und nicht auf eine Massenbewegung, zum Beispiel in Chile ab 1973.

Hier noch ein paar Bemerkung zur Rolle der faschistischen Massenbewegungen dort, wo es sie gab, zum Beispiel in Deutschland:

Die faschistische Massenbewegung und das Kapital haben nicht dieselben Interessen. Die Massenbewegung dient der Selbstbereicherung der bisher armen Teufel, die jetzt auch einmal an den Trog wollen, das Kapital betreibt seine eigene Selbstbereicherung und benutzt die Massenbewegung als nützlichen Idioten, der zwischendurch auch mal auf seine Kosten kommen will. Nach einiger Zeit trennt man sich wieder, so in Deutschland nach 1945. In der Bundesrepublik gehen Neonazis und Monopolkapital zurzeit getrennte Wege.

II. Faschismus als einflussreiche Opposition

1. Indirekter Einfluss des Faschismus

In der Gegenwart haben wir es nirgends mit dem Faschismus an der Macht zu tun. Das Großkapital will zurzeit nirgends eine faschistische Bewegung an der Staatsmacht.

Wir müssen zwischen zwei Arten von Faschismus unterscheiden: Faschismus an der Macht und Faschismus als einflussreicher Opposition.

Der Faschismus ist in Deutschland nicht an der Macht, aber er ist eine einflussreiche Opposition, obwohl die NPD nur in zwei Länderparlamenten ist.

Warum ist der Faschismus in der BRD einflussreich?

Erstens: Durch seine Verbrechen. Das sind ja nicht nur die zehn NSU-Morde. Seit 1990 gab es in Deutschland insgesamt 178 Todesopfer rechter Gewalt, hinzukommen elf Verdachtsfälle.

Zweitens: Der Faschismus in Gestalt der kleinen Neo-Nazi-Gruppen in Deutschland hat Einfluss dadurch, dass er offensichtlich Sympathisanten im Staatsapparat, also in der Exekutive hat. Hier ist in erster Linie der so genannte Verfassungsschutz in Bund und Ländern mit seinen V-Leuten zu nennen.

Drittens: Die Neo-Nazigruppen beeinflussen indirekt, aber wirksam die Gesetzgebung auch in Parlamenten, in denen sie nicht vertreten sind. Eklatantestes Beispiel: Die faktische Abschaffung des Asylrechts in Deutschland 1993 nach einer Serie von Brandanschlägen. Spätestens in Wahlzeiten nehmen etablierte Parteien Rücksicht auf Wählerinnen und Wähler, die für Nazi-Parole anfällig sind. Ein Beispiel war die erfolgreiche Kampagne der CDU in Hessen gegen die doppelte Staatsbürgerschaft 1999.

Der Einfluss der Nazi-Gruppen ist also größer, als ihre derzeitige Winzigkeit vermuten lassen könnte.

Warum ist das so?

Antwort: Die Neonazis bewegen sich in einem Milieu, das über sie hinausgeht. Dieses Milieu ist der Rechtspopulismus.

2. Rechtspopulismus

Was ist Rechtspopulismus? Von Populismus spricht man, wenn eine Politik sich kritiklos hinter Volkes Stimme versteckt und sie für sich nutzt, ohne zu fragen, ob Volkes Stimme nicht auch Dummes oder Gefährliches von sich gibt. Wenn man Links- und Rechtspopulismus nebeneinander stellt, wendet man ein ebenso fragwürdiges Verfahren an, wie wenn man umstandslos von Links- und Rechtsextremismus spricht.

Rechtspopulismus ist, wenn Schwächere ausgegrenzt werden mit der Begründung, sie seien minderwertig oder gehörten nicht zum „Volk“. Die Rechtspopulisten erklären sich selbst zum Volk, treten nach unten, verbinden das zuweilen mit einer Rhetorik des Aufmuckens nach oben, etwa gegen „die Reichen“, die zentrale Stoßrichtung ihrer Angriffe geht aber immer gegen Schwächere: Ausländer nichtweißer Hautfarbe, Juden, angebliche volksfremde Drahtzieher im Hintergrund.

Linkspopulismus gibt es nicht. Mit diesem Begriff werden von der Rechten und der Mitte linke Massenbewegungen diffamiert.

3. Unterschiede zwischen Rechtspopulismus und Faschismus

Zwischen Rechtspopulismus und Neonazis muss unterschieden werden, um aufgrund dieser Unterschiede auch ihre Gemeinsamkeiten feststellen zu können.

Zunächst zu den Neonazis. Ihre Spezialität ist ihr Bekenntnis zu einem faschistischen Staat. Hierher gehört ihre Anhänglichkeit an den Hitler-Faschismus und ihre Holocaust-Leugnung. Die rechtspopulistischen Bewegungen wenden sich nicht gegen die parlamentarische Demokratie, sondern sie nutzen sie und versuchen die parlamentarisch-demokratischen Regierungen zu beeinflussen. Hier haben sie große Erfolge, von Ungarn bis Frankreich und Skandinavien. Selbst wo Rechtspopulisten an Regierungen beteiligt sind oder solche tolerieren (wie in Griechenland und vor einigen Jahren in Italien), streben sie nicht den Umbau des Staates zu einer Diktatur an. Das ist der Unterschied zwischen den rechtspopulistischen Unabhängigen Griechen, die 2015 mit Syriza koalitierten, und der Partei „Goldene Morgenröte“ in Griechenland. Als die Alleanza Nazionale, die Partei der Neofaschisten in Italien, in die Regierung Berlusconi ging, war sie keine faschistische Partei mehr, sondern eine rechtspopulistische wie die Lega Nord.

Ein zweiter Unterschied zwischen Rechtspopulisten und Neonazis ist ihr Verhältnis zur Gewalt. Neonazis erstreben nicht nur die Beseitigung der Demokratie durch ein System permanenten Terrors, sondern für sie ist der Terror auch eine Praxis ihrer Opposition: durch Mord- und Brandanschläge und physische Einschüchterung.

4. Gemeinsamkeiten von Rechtspopulismus und Faschismus

So viel zu den Unterschieden. Jetzt zur Gemeinsamkeit zwischen Neonazis und Rechtspopulisten. Diese Gemeinsamkeit ist die Fremdenfeindlichkeit. Wer fremd ist, bestimmen sie selbst: Ausländer, Flüchtlinge, angeblich andere Rassen, Schwule, Lesben – alle sind Fremde, also nicht nur Ausländer. Wodurch sind sie fremd? Antwort: Sie sind für die Rechtspopulisten und Nazis fremd, weil sie von diesen zu Fremden gemacht werden. Maßstab ihres Fremdseins ist die Art und Weise, wie die Rechtspopulisten und die Faschisten sich selbst definieren: als Angehörige eines heimischen Volks, das durch Eindringlinge entweder in seiner Selbstentfaltung oder auch nur in seinen bisherigen Sitten und Gebräuchen gestört wird.

Der Rechtspopulismus hat sich in der Geschichte geändert. Er ist nämlich ziemlich alt, er geht bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts zurück. Damals verschaffte sich die bisherige, bislang ausschließlich elitäre Rechte eine nicht mehr elitäre, sondern „völkische“ Massenbasis.

Um diesen Übergang zu verstehen, muss gefragt werden: was ist rechts?

5. Elitäre und plebejische Rechte

Die Rechte war in Europa die Antwort auf die Linke.

Die Linke entstand am Ende des 18. Jahrhunderts, in der Französischen Revolution. Ihre Losung war Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit [= Solidarität].

Die Gegenparole der Aristokraten war:

Ordnung (statt Freiheit) – gott- oder naturgewollte Ungleichheit (statt Gleichheit) – Distanz zum „Pöbel“ (statt Solidarität). So entstand die Rechte.

Mit ihr setzte sich der Adel vom Bürgertum, von den Bauern und den Arbeitern ab.

Die Kapitalisten verstanden sich zunächst als Teil der Linken. Sie waren (und sind) für die Freiheit als Freiheit des Marktes, für Gleichheit als Chancengleichheit, und sie solidarisierten sich in den bürgerlichen Revolutionen mit den Unterklassen im Kampf gegen den Adel und die absolute Monarchie. Nachdem sie diesen Adel besiegt hatten, hielten sie nicht mehr viel von Gleichheit, Freiheit und Solidarität.

Statt Gleichheit wollen sie eine Ordnung, die ihren Besitz sichert. Statt Gleichheit sind sie jetzt für die Aufrechterhaltung der Ungleichheit im Eigentum. Statt der Solidarisierung mit den Unterklassen sind sie jetzt dafür, Abstand zu diesen zu halten. Mit anderen Worten: Das Bürgertum ging nach rechts.

Was wurde danach aus den Klassen, die weder aristokratisch noch kapitalistisch sind?

Diese nichtadeligen und nichtkapitalistischen Klassen zerfallen in die Arbeiterklasse und die Mittelschichten.

Im 19. Jahrhundert organisierte sich die Arbeiterklasse sozialistisch, sie hielt an Freiheit, Gleichheit, Solidarität fest.

Die Mittelschichten sind Selbständige, zum Beispiel Handwerker, kleine Angestellte und Beamte sowie Bauern. Sie sahen (und sehen) sich eingezwängt zwischen oben – Adel und Kapitalisten – und unten, also den Arbeiterinnen und Arbeitern. Ins Proletariat wollen sie nicht absinken, in den Adel und die Kapitalistenklasse können sie nicht aufsteigen (allenfalls dann und wann ein paar von ihnen). In dieser Situation entwickelten (und entwickeln) sie Ressentiments, Vorurteile und Feindbilder. Diese Feindbilder können durchaus auch das Kapital betreffen. Man hasst bestimmte Teile der Kapitalistenklasse, im 19. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts waren dies die jüdischen Kapitalisten, aber nicht in ihrer Eigenschaft als Kapitalisten, sondern in ihrer Eigenschaft als Juden. So entstand in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein neuer Antisemitismus. Er richtete sich nicht mehr, wie im Mittelalter, gegen eine andere Religion, sondern gegen eine andere so genannte Rasse. Rassismus ist eine Eigenschaft des Rechtspopulismus.

Zweitens wendet sich der Rechtspopulismus gegen den Sozialismus als die Bewegung der Arbeiterklasse. Der Sozialismus steht für die Gefahr des Absinkens ins Proletariat, die Mittelschichten fürchten das, was sie noch haben, an die Arbeiterinnen und Arbeiter zu verlieren. Rechtspopulismus ist im Kern antisozialistisch. Dennoch bedient er sich zuweilen einer antikapitalistischen und manchmal sozialistischen Rhetorik. Sozialismus ist dann die Gemeinschaft der

Angehörigen der gleichen Rasse oder eines von den Rechtspopulisten selbst definierten „Volkes“ gegen die angeblich fremdrassigen oder volksfremden Kapitalisten.

Die dritte Frontstellung des Rechtspopulismus richtet sich gegen das Ausland und die Ausländer. Sie werden als Bedrohung des eigenen Besitzstandes verstanden. Rechtspopulismus ist immer nationalistisch. Dieser Nationalismus ist zugleich defensiv und offensiv. Das Ausland wird als Bedrohung gesehen, das dem eigenen Volk etwas wegnimmt. An der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert wird es auch als eine Gegend gesehen, in der es etwas zu holen gilt, zum Beispiel Kolonien. An dieser Stelle verbündet sich der Rechtspopulismus mit der Politik des Großkapitals, dem Imperialismus. Selbst dieser Nationalismus versteht sich teilweise als Sozialismus: Sozialismus bezeichnet die Gemeinsamkeit der Volksgenossen.

Dieses Bündnis Großkapital und Rechtspopulismus erlitt eine Niederlage im Ersten Weltkrieg, wurde dadurch aber nur noch fester geschmiedet. Die Eliten – Großgrundbesitzer, Großkapital, die Spitzen von Verwaltung und Justiz – hielten sich zu Beginn der Weimarer Republik von der plebejischen Rechten – das waren die Völkischen und die NSDAP – noch etwas fern. Sie bekämpften die Republik zunächst noch aus einer aristokratisch-monarchistischen Position heraus und wurden von der Hitler-Bewegung deshalb als „Reaktion“ beschimpft. Die „Sturmabteilungen“ der NSDAP, die SA, waren zunächst eine Bewegung der armen Teufel, die zeitweise sogar eine sozialistische Phraseologie benutzte. Wie schon gezeigt, stellte erst um 1930 sich das Bündnis von rechter Massenbewegung und Elite wieder her und wurde zugunsten eines Teils der Eliten, nämlich der Reichswehr, 1934 mit der Entmachtung der SA-Spitze wieder aufgekündigt.

6. Schwächung des Rechtspopulismus nach 1945

Nach 1945 hatten Rechtspopulismus und Nazis in der Bundesrepublik offiziell keine Chance mehr. Das Grundgesetz von 1949 – von Marianne Linke zu Recht immer wieder als eine vorzügliche Verfassung gelobt – ist eine antifaschistische Verfassung. In der Realität allerdings fanden ehemalige Nazis der zweiten Reihe einflussreiche Stellungen im Staatsapparat und wurden unter anderem im Kampf gegen den Kommunismus gebraucht. Adenauer rechtfertigte dies mit dem Ausspruch: „Ich kann kein schmutziges Wasser wegschütten, wenn ich kein sauberes habe.“ Der Antisemitismus aber war tabuisiert,

und zwar mit antisemitischer Begründung, die sich philosemitisch gab: Adenauer war der Ansicht, dass die Juden großen Einfluss auf die Politik der Vereinigten Staaten von Amerika hätten, und da er die USA für die Wiedervereinigung brauchte, gab es – anders als früher – nun keinen Antisemitismus der Eliten mehr. Auch der Springer-Konzern verfolgte diesen Kurs. Der Rechtspopulismus verschwand ebenfalls für etwa vier Jahrzehnte, bis zum Ende der achtziger Jahre. Ursache war der wirtschaftliche Aufschwung, der zwar nur bis ca. 1975 anhielt, ideologisch aber noch bis ungefähr 1989 weiterwirkte. In diesen Jahrzehnten kam der Abstieg der Zwischenschichten, aus dem sich der Rechtspopulismus früher genährt hatte, zu einem Halt. Es ging im westdeutschen Kapitalismus jetzt für einige Zeiten allen etwas besser, niemand schien abzusteigen. Tatsächlich waren dies, wie inzwischen der französische Ökonom Thomas Piketty gezeigt hat, auch Jahrzehnte, in denen die Ungleichheit der Vermögen und Einkommen im Vergleich zu früher und dann auch zu heute, abnahm. Wenn der Aufschwung kurzfristig gestört schien, zeigte sich allerdings, dass die alten rechtspopulistischen und auch faschistischen Denkmuster noch weiterbestanden. Dies zeigte sich beim zeitweiligen Aufstieg der NPD in der Wirtschaftskrise 1966/67. Allerdings handelte es sich da eher um eine Bewegung der alten Nazis, junge wurden noch kaum rekrutiert. In den Jahrzehnten 1945-1975 sank die Mittelschicht nicht ab, sondern erweiterte sich. Es gab das Phänomen der von Piketty so genannten „vermögenden Mittelschicht“, die aus der jetzt entstandenen breiten Masse der Intelligenz sich rekrutierte und sich mit den Grünen eine eigene Partei schuf. Diese Besserverdienenden neuer Art waren und sind weltoffen und entschieden nichtfaschistisch. Soweit sie populistisch sind, ist ihr populus, also ihr „Volk“, nur das eigene soziale Milieu, das zwar nicht nach unten tritt, aber sich doch nach unten abschottet, etwa in besonderen Schulen und Wohngebieten, insofern also auf neue Art elitär ist.

7. Wiederaufstieg des Rechtspopulismus nach 1945

Seit Mitte der siebziger Jahre gab es einen Umbruch: ein neues Zeitalter der Ungleichheit begann. Die Mittelschicht polarisiert sich. Ein Teil steigt weiter auf und schottet sich, wie gezeigt, nach unten ab. Ein anderer Teil der Mittelschicht steigt ab oder sieht sich vom Abstieg bedroht. Er sucht Ursachen für diese Situation. Eine Ursache der Beunruhigung bildet derzeit die Entwertung von Ersparnissen aufgrund der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank im Zusammenhang mit der Griechenlandkrise. Hier richten sich Ressentiments gegen die angeblich faulen Griechen, die von dieser internationalen, also

„volksfremden“ Instanz gepöppelt wurden. Diese Ressentiments gehören zum gegenwärtigen Rechtspopulismus.

Auch die Arbeiterklasse polarisiert sich. In der Chemie- und Metallindustrie sind die Arbeitsplätze relativ sicher und gut bezahlt. Die IG Metall und die IG Bergbauch, Chemie und Energie betreiben eine Lohnpolitik in Kooperation mit dem Kapital, die zur Niederkonkurrierung schwächerer europäischer Volkswirtschaften beiträgt. Untersuchungen haben überraschenderweise ergeben, dass rechtspopulistische Einstellungen bei Gewerkschaftsmitgliedern stärker vertreten sind als in der Gesamtgesellschaft. Trotz verbesserter Beschäftigungslage bleibt der Anteil der Langzeitarbeitslosen nahezu unverändert.

Erscheint eine Lage als aus eigener Kraft nicht mehr veränderbar, stellt sich oft ein Ressentiment gegen Fremde ein. Dies ist offenbar gegenwärtig ein europaweites Phänomen und bildet die Grundlage für fremdenfeindliche Anschläge.

Anders als in der Weimarer Republik gibt es zurzeit kein Bündnis von Rechtspopulismus und Neonazis einerseits, den ökonomischen Eliten andererseits. Die Unternehmer profitieren vom Euro und den Maßnahmen zu seiner Rettung. Mit dem Hass auf die angeblich faulen Griechen können sie nichts anfangen. Das führt dazu, dass rechtspopulistisches Ressentiment und sogar die Parolen der NPD und der so genannten Freien Kameradschaften zurzeit sogar antikapitalistisch und antiimperialistisch daherkommen.

Die Unternehmen sind auch für Einwanderung, die ihnen zusätzliche Arbeitskraft in Aussicht stellt und Druck auf die Löhne ausüben könnte. Sie haben zurzeit kein Interesse am Rechtspopulismus und wenden sich gegen Pegida.

Die Distanz der Eliten zum Neonazismus und Rechtspopulismus muss nicht für die Ewigkeit sein. Es kommt auf die Situation an. Auch gegenwärtig gibt es einen Elitenfaschismus, etwa in einem Teil der studentischen Korporationen und in der Zeitschrift „Junge Freiheit“. Und vielleicht hält ein Teil des Staatsapparats seine Hand über die Neonazis: der Verfassungsschutz in Bund und Ländern, besonders deutlich geworden in der Rolle seiner V-Leute und in der NSU-Affäre. Auffällig ist die geringe Aufklärungsquote bei Brandanschlägen gegen Flüchtlingsheime. Hier zeigen sich Gefahrenpunkte für ein etwaiges Zusammengehen von faschistischen Minderheiten in der Akademikerschaft und Teilen des Staatsapparats.

Was kann in dieser Situation Antifaschismus bedeuten? Meiner Meinung nach dreierlei:

- ① **Erstens:** Kampf um soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit. Gesellschaftliche Ungleichheit schafft Ressentiments, Gleichheit kann sie abbauen.
- ① **Zweitens:** Teilnahme an allen Kämpfen gegen Fremdenfeindlichkeit und zum Schutz der Flüchtlinge. In der deutschen Geschichte hat Zuwanderung immer zu Aufstieg und Wohlstand geführt.
- ① **Drittens:** Entlarvung der pseudo-antikapitalistischen und pseudo-antiimperialistischen Parolen der Nazis und Rechtspopulisten. Keine Querfronten! Was sind Querfronten? Der Begriff tauchte am Ende der Weimarer Republik auf als Vorschlag eines Bündnisses zwischen einem Teil der NSDAP und einem Teil der Gewerkschaften. Heute gibt es wieder solche Angebote eines solchen Rechts-Links-Bündnisses im Zusammenhang mit der Zeitschrift „Compact“. Sie richten sich gegen die USA, gegen die Ukraine-Politik der Bundesrepublik und das internationale Kapital. Das sind auf den ersten Blick ja tatsächlich auch Themen der Linken. Im näheren Hinblick zeigt sich, dass bei Nazis und Rechtspopulisten diese Parolen **nichts mit Friedenspolitik, Demokratie oder gar Sozialismus** zu tun haben, sondern mit der Mobilisierung des eigenen Volkes gegen andere Völker. Damit können Antifaschistinnen und Antifaschisten keine gemeinsame Sache machen.